

# Schnellkredite für den Mittelstand

## Bundesregierung bessert beim Hilfspaket nach – das soll eine Pleitewelle verhindern

VON ANDREAS HOENIG UND THERESA MÜNCH

Berlin. Der Mittelstand in Deutschland mit Millionen von Jobs soll in der Corona-Krise schneller mit Krediten versorgt werden. Angesichts einer drohenden Pleitewelle bessert die Bundesregierung ihr Hilfspaket nach. Ein zusätzliches Programm sieht Schnellkredite für kleine und mittelständische Unternehmen mit einer kompletten Staatshaftung vor.

Finanzminister Olaf Scholz (SPD) sagte am Montag in Berlin, es gehe darum, kleine und mittlere Betriebe in die Lage zu versetzen, dass sie durch die schwierige Zeit kommen. Wenn alles klappe, könnten die Banken am Donnerstag mit der Bearbeitung von Anträgen loslegen. Die Schnellkredite sind vorerst bis Ende 2020 befristet.

Vor dreieinhalb Wochen hatten Scholz und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) die „Bazooka“ herausgeholt: ein unbegrenztes Kreditprogramm mit quasi „unbegrenzter Feuerkraft“. Das KfW-Programm ist längst angelaufen – es hat aber Schwächen: Zwar trägt die KfW 90 Prozent des Kreditrisikos, den Rest aber müssen die Hausbanken übernehmen. Und die müssen auch in der Krise genau hinschauen. So vergehe Zeit, die nicht jeder habe, sagte Scholz. Denn bei vielen Betrieben sind wegen des Corona-„Shutdowns“ Aufträge und Umsätze eingebrochen, sie brauchen schnell Liquidität. An diesen Punkt setzt das neue Programm an.



Wirtschaftsverbände hatten eine Förderlücke beklagt. Nun sollen mittelständische Unternehmen einen Kredit bis zu 800 000 Euro erhalten können. Das Risiko trägt der Staat.

Die Kernpunkte: Unternehmen bekommen Schnellkredite, die KfW und damit der Staat übernimmt 100 Prozent des Ausfallrisikos. „Hier schaffen wir ein Instrument mit dem kleinere Hotels, Gastronomen oder Spediteure gezielt unterstützt und mit Liquidität versorgt werden können“, heißt es in einer Mitteilung der Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten und parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Sarah Ryglewski, dazu. Eine lange Prüfung soll es nicht mehr geben, die Hausbanken sollen die Anträge schnell durchwinken. Im Gegenzug für den „Kredit-Turbo“ sind die Kredite mit drei Prozent höher verzinst als beim bisherigen KfW-Programm. Firmen, die davon Gebrauch machen, sollen diese später in die anderen Kredite umwandeln können.

Die Kredithöhe liegt bei drei Monatsumsätzen des Jahres 2019 – maximal gibt es für ein Unternehmen mit elf bis 49 Mitarbeitern 500 000 Euro, für ein Unternehmen ab 50 Mitarbeitern 800 000 Euro. Die Firmen dürfen zum 31. Dezember 2019 nicht in Schwierigkeiten gewesen sein und müssen „geordnete wirtschaftliche Verhältnisse“ aufweisen – das heißt: keine Insolvenzanträge und nicht bei den Steuern geschummelt. Die Firma muss zudem im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre Gewinn gemacht haben. Scholz geht davon aus, dass sich das Risiko von Ausfällen dadurch in Grenzen hält.

Der Bund erweitert für das neue Programm seinen Garantierahmen um viele weitere Milliarden. Wie im laufenden Sonderprogramm sind während der Laufzeit des Kredits Gewinn- und Dividendenausschüttungen nicht zulässig. Die Bundesregierung hatte bereits umfassende Hilfen beschlossen: Neben dem KfW-Programm wurde das Kurzarbeitergeld erweitert, außerdem können Firmen Steuern und Abgaben stunden, das Insolvenzrecht wurde gelockert. Für Solo-Selbstständige und kleine Firmen gibt es Direktzuschüsse, für große einen Stabilisierungsfonds, über den sich der Bund notfalls an strategisch wichtigen Unternehmen beteiligen will. Wirtschaftsverbände hatten aber eine „Förderlücke“ zulasten des Mittelstands beklagt – Scholz und Altmaier räumten dies ein, die Regierung steuert nun gegen.

In der Wirtschaft kam dies gut an. Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer sprach von einem „ganz entscheidenden“ Baustein, um die Krise zu bewältigen. DIHK-Präsident Eric Schweitzer sagte: „Ich hoffe, dass das Geld nun schnell in den Betrieben ankommt. Dort wird es dringend benötigt. Das gilt insbesondere für Zehntausende bislang kerngesunde Unternehmen, für die es bislang keine passenden Liquiditätshilfen gab.“

Die Bewältigung der Krise wird extrem teuer. Bisher belaufen sich die Kosten von Bund, Länder und Kommunen laut Finanzministerium auf rund 1,2 Billionen Euro – hier sind allerdings milliardenschwere Garantien und Bürgschaften mit eingerechnet, die womöglich nie zum Tragen kommen. Die Regierung sieht Deutschland wegen guter Haushaltsjahre finanziell gut gerüstet. Für dieses Jahr hat der Bundestag trotzdem einen Nachtragshaushalt verabschiedet, der mehr als 150 Milliarden Euro neue Schulden vorsieht.

---